

05.11.2019

Antrag

der Fraktion der SPD

Nie wieder! 9. November in der Erinnerung wachhalten – Schutz vor Rechtstextremismus, Antisemitismus und Rassismus verstärken

Der Landtag beschließt:

Der 9. November ist kein Tag wie jeder andere. Der 9. November ist unauslöschlich mit der Reichspogromnacht im Jahre 1938 verbunden. An diesem Tag und der sich anschließenden Nacht im Jahre 1938 fand der Antisemitismus in der NS-Zeit einen von vielen entsetzlichen Höhepunkten. Die Ereignisse im Jahre 1938 sowie das Wissen um die Jahre zwischen 1933 und 1945 lassen es zwingend geboten sein, sich diese in Erinnerung zu rufen.

Die damaligen Ereignisse spielten sich vor den Augen aller Bürgerinnen und Bürger ab, ohne dass in größerem Maße nennenswert dagegen aufgebeht oder gar eingeschritten wurde. Passivität heißt jedoch auch Mitverantwortung. Vor diesem Hintergrund sind wir auch den Widerstandskämpferinnen und Widerstandskämpfern, Helferinnen und Helfern zu großem Dank verpflichtet.

Die Ereignisse vor 81 Jahren sind mehr denn je Mahnung in heutiger Zeit. Denn die Ereignisse des 9. Oktober 2019 machen uns Demokratinnen und Demokraten fassungslos. An Jom Kippur, dem höchsten jüdischen Feiertag, einem Tag der Sühne und Vergebung, einem Tag der Stille, wurde genau diese Stille von einem Rechtsterroristen in einer Synagoge in Halle an der Saale bei einem rechtsextremistischen Attentat jäh zerrissen.

Zwei Menschen wurden grausam ermordet, weitere wurden verletzt. Über Stunden versetzte der Täter unsere jüdischen Bürgerinnen und Bürger in einer Synagoge im Paulusviertel von Halle sowie viele Anwohnerinnen und Anwohner in Angst und Schrecken. Es war ein Anschlag auf eine der verletzlichsten Gruppen in unserer Gesellschaft und ein Anschlag gegen die verfassungsmäßig garantierten Menschenrechte. Damit betrifft die Tat uns alle.

Es heißt, er sei ein Einzeltäter gewesen. Die Tat mag Stephan B. allein begangen haben, doch hatte er nicht nur das Vorbild des grausamen Attentats in Christchurch, sondern auch viel Zuspruch für seine antisemitische, rassistische und sexistische Ideologie und Gewaltvorstellungen in rechtsextrem geprägten Netzwerken. Mit seinem Vorhaben stand und steht er also

Datum des Originals: 05.11.2019/Ausgegeben: 08.11.2019

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de

nicht allein. Die Anzahl rechtsextremer Straftaten bewegt sich seit Jahren auf einem erschreckend hohen Niveau. Die Zahl der antisemitischen Straftaten in Nordrhein-Westfalen ist seit 2016 deutlich gestiegen. Gleichzeitig erleben wir ein massives öffentliches Auftreten der Neonaziszene in Nordrhein-Westfalen mit antisemitischen Parolen. Der Anschlag von Halle ist, ebenso wie der Mord an dem Kasseler Regierungspräsidenten Dr. Walter Lübcke, auch die Folge einer gesamtgesellschaftlichen Entwicklung.

81 Jahre nach der Pogromnacht, im Jahr 2019, nachdem von den wenigen Überlebenden der Shoah einige Wenige den Mut und die Zuversicht hatten, neues jüdisches Leben in Deutschland, in Nordrhein-Westfalen aufzubauen, sehen wir mit großer Dankbarkeit, dass wieder jüdisches Leben seinen festen Platz in unserem Land gefunden hat. Zugleich stellen wir aber fest, dass menschenverachtende Ideologien wieder zunehmend in unserer Gesellschaft auf fruchtbaren Boden treffen und rechtsextreme Parteien und Organisationen regen Zulauf zu verzeichnen haben.

Dem stellen wir uns als Politik gemeinsam mit der demokratischen Zivilgesellschaft entschieden entgegen, denn für uns gilt: „Die Ehrfurcht vor der Vergangenheit und die Verantwortung gegenüber der Zukunft geben fürs Leben die richtige Haltung.“ (Dietrich Bonhoeffer)

Thomas Kutschatj
Sarah Philipp
Sven Wolf
Elisabeth Müller-Witt

und Fraktion